S 1 R 544/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Sachsen-Anhalt

Sozialgericht Sozialgericht Dessau-Roßlau

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 1

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 R 544/13 Datum 23.02.2018

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid der Beklagten vom 29. Mai 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 7. Oktober 2013 wird insoweit aufgehoben, als die Kl \tilde{A} 2 gerin darin zur R \tilde{A} 2 dekzahlung \tilde{A} 2 dberzahlter Rente von mehr als 4.943,88 Euro aufgefordert worden ist.

Die weitergehende Klage wird abgewiesen.

Die Beklagte hat 60 v. H. der auÄ ergerichtlichen Kosten der KlÄ gerin dem Grunde nach zu erstatten.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die $R\tilde{A}^{1/4}$ ckforderung $\tilde{A}^{1/4}$ berzahlter Altersrente aufgrund der $\tilde{A} \cap$ berschreitung der Hinzuverdienstgrenzen.

Die Beklagte bewilligte der am â∏¦ 1947 geborenen Klägerin mit Rentenbescheid vom 27. April 2007 eine Altersrente für Schwerbehinderte Menschen ab dem 1. August 2007 in Höhe eines monatlichen Zahlbetrages von 415,72 Euro. Neben dem Rentenbezug war die Klägerin als selbständige FuÃ∏pflegerin mit einer

wA¶chentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden tAxtig.

Am 11. Februar 2013 gingen bei der Beklagten Kopien der Einkommensteuerbescheide der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin f \tilde{A} $^{\mu}$ r die Jahre 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 ein.

Nach vorheriger AnhA¶rung berechnete die Beklagte die Altersrente fA¼r schwerbehinderte Menschen mit Rentenbescheid vom 29. Mai 2013 neu. Mit Wirkung ab dem 1. August 2007 wurde die Rente als Teilrente in HA¶he von einem Drittel der Vollrente, ab dem 1. Januar 2008 als Teilrente in HA¶he der HA¤lfte der Vollrente, ab 1. Januar 2009 in Höhe der Vollrente, ab 1. März 2010 als Teilrente in Höhe von zwei Dritteln der Vollrente und ab 1. September 2012 als Vollrente geleistet. Ab dem 1. Juli 2013 ergab sich ein monatlicher Zahlbetrag von 717,89 Euro. Zugleich hob die Beklagte den Rentenbescheid vom 27. April 2007 mit Wirkung ab dem 1. August 2007 nach § 48 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 3 und 4 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) auf und forderte die KlAzgerin zur Rückzahlung überzahlter Rente i.H.v. 12.496,43 Euro auf. Zur Begründung gab die Beklagte an, der Rentenbescheid habe den Hinweis enthalten, dass der Bezug von Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen aufgrund einer abhĤngigen BeschĤftigung oder selbstĤndigen ErwerbstĤtigkeit Einfluss auf die Rentenhöhe nehmen könne. Die Klägerin habe daher gewusst, dass sich ein schĤdlicher Hinzuverdienst unmittelbar auf die RentenhĶhe auswirke.

Den gegen den Bescheid am 11. Juni 2013 erhobenen und nicht begr $\tilde{A}^{1/4}$ ndeten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 7. Oktober 2013 zur $\tilde{A}^{1/4}$ ck.

Mit der am 8. November 2013 erhobenen Klage trägt die Klägerin vor, sie nicht zur Rþckzahlung þberzahlter Altersrente verpflichtet. Die Beklagte habe bei der Berechnung des anzurechnenden Einkommens nicht berþcksichtigt, dass die Einkþnfte steuerpflichtig seien. Zudem habe sie die Möglichkeit des zweimaligen Ã□berschreitens der Hinzuverdienstgrenzen innerhalb eines Kalenderjahres nicht geprþft. Eine Verletzung von Mitteilungspflichten sei der Klägerin nicht vorzuwerfen, da sie ihre Steuerbescheide zeitnah vorgelegt habe. Insbesondere die Einkommensteuerbescheide fþr die Jahre 2007 und 2008 habe sie bereits in den Jahren 2009 und 2010 in der Auskunfts- und Beratungsstelle der Beklagten in W. abgegeben, so dass der Beklagten die Ã□berschreitung von Hinzuverdienstgrenzen bereits zu diesen Zeitpunkten bekannt gewesen sei. Die von der Beklagten einzuhaltende Jahresfrist für die Aufhebung sei im Hinblick auf die Jahre 2007 und 2008 jedenfalls zum Zeitpunkt des Erlasses des Bescheides vom 29. Mai 2013 verstrichen gewesen.

Die KlĤgerin beantragt,

den Rentenbescheid der Beklagten vom 29. Mai 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 7. Oktober 2013 aufzuheben und ihr Rente auf Grundlage des Bescheides vom 26. April 2007 mit Wirkung ab 1. August 2007 dauerhaft zu bewilligen und auch $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber den 1. Juli 2013 hinaus zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie trägt vor, wegen des groÃ☐en Verwaltungsaufwandes bei der Ermittlung des monatlichen Einkommens sei bei Selbständigen eine pauschalierende Ermittlung durch Division des in einem Kalenderjahr erzielten Einkommens durch die Anzahl der Monate, in denen die selbständige Tätigkeit ausgeübt worden sei, zulässig. Hierfür sei regelmäÃ☐ig auf den Einkommensteuerbescheid zurückzugreifen. Weitere Steuerunterlagen als diejenigen, die sich in den Verwaltungsakten befänden, seien nicht zum Vorgang gelangt, obwohl diese anscheinend durch die Beklagte schriftlich angefordert worden und daraufhin von der Klägerin in der Auskunfts- und Beratungsstelle abgegeben worden seien. Aus welchen Grþnden weder die schriftlichen Anforderungen noch die Antworten in den Verwaltungsakten vorhanden seien, sei nicht mehr nachvollziehbar.

Die Klägerin hat im Klageverfahren den Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2012 vorgelegt, in welchem Einkünfte aus Gewerbebetrieb von 3.083 Euro (= 256,92 Euro monatlich) bescheinigt worden sind. Die Beklagte hat daraufhin die Altersrente mit Rentenbescheid vom 1. Juni 2017 neu berechnet und diese als Vollrente ab dem 1. Januar 2012 bewilligt. Da für das Jahr 2012 keine Hinzuverdienstgrenzen überschritten wurden, hat die Beklagte zugleich die \tilde{A} \Box berzahlung von 12.496,43 Euro auf 10.673,11 Euro verringert.

Die Gerichtsakte und die Verwaltungsakten der Beklagten haben vorgelegen und waren Gegenstand der mýndlichen Verhandlung. Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Sachvortrages der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte ergänzend verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Klage ist teilweise begründet.

Gegenstand des Verfahrens ist der Rentenbescheid vom 29. Mai 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 7. Oktober 2013 sowie der Rentenbescheid vom 1. Juni 2017, welcher die RÃ $\frac{1}{4}$ ckforderung auf 10.673,11 Euro reduziert hat und der daher gem. $\frac{2}{4}$ S Sozialgerichtsgesetz (SGG) zum Gegenstand des Klageverfahrens geworden ist.

Rechtsgrundlage f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Aufhebungsentscheidung der Beklagten ist $\frac{\hat{A}\S 48 \text{ SGB } X}{4}$, Rechtsgrundlage f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r den Erstattungsanspruch $\frac{\hat{A}\S 50 \text{ SGB } X}{4}$.

Nach $\hat{A}\S$ 48 SGB X ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung f $\tilde{A}^{1}\!/_{4}$ r die Zukunft aufzuheben, soweit in den tats \tilde{A} xchlichen oder rechtlichen Verh \tilde{A} xltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche \tilde{A} nderung eintritt. Der Verwaltungsakt soll mit Wirkung vom Zeitpunkt der \tilde{A} nderung der Verh \tilde{A} xltnisse aufgehoben werden, soweit 1. die \tilde{A} nderung zugunsten des Betroffenen erfolgt, 2. der Betroffene einer durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen Pflicht zur Mitteilung

wesentlicher für ihn nachteiliger Ã∏nderungen der Verhältnisse vorsätzlich oder grob fahrlÃxssig nicht nachgekommen ist, 3. nach Antragstellung oder Erlass des Verwaltungsaktes Einkommen oder VermĶgen erzielt worden ist, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs gefļhrt haben würde, oder 4. der Betroffene wusste oder nicht wusste, weil er die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma̸e verletzt hat, dass der sich aus dem Verwaltungsakt ergebende Anspruch kraft Gesetzes zum Ruhen gekommen oder ganz oder teilweise weggefallen ist. Als Zeitpunkt der Änderung der Verhäultnisse gilt in Fäullen, in denen Einkommen oder Vermå¶gen auf einen zurå¼ckliegenden Zeitraum auf Grund der besonderen Teile dieses Gesetzbuches anzurechnen ist, der Beginn des Anrechnungszeitraumes. <u>§ 45 SGB X</u> regelt, dass ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erheblichen Vorteil begrÄ1/4ndet oder bestÄxtigt hat (begýnstigender Verwaltungsakt), soweit er rechtswidrig ist, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, unter den EinschrÄxnkungen der AbsÄxtze 2 bis 4 ganz oder teilweise zurĽckgenommen werden darf. Ein zum Zeitpunkt seines Erlasses rechtswidriger Verwaltungsakt darf fýr die Vergangenheit zurückgenommen werden, wenn die Rücknahme innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen, welche die Rücknahme des rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts für die Vergangenheit rechtfertigen, durch die Behörde erfolgt (§ 45 Abs. 4 S. 2 SGB X) und die Fristen des § 45 Abs. 3 SGB X beachtet wurden. § 45 SGB X findet also Anwendung, wenn der Verwaltungsakt bereits zum Zeitpunkt seines Erlasses rechtswidrig war und deswegen geĤndert werden soll. Beide Normen grenzen sich nach den objektiven VerhÄxltnissen im Zeitpunkt des Erlasses des aufzuhebenden Verwaltungsakts voneinander ab (vgl. Bundessozialgericht â∏ BSG-, Urt. v. 29.11.2012, <u>B 14 AS 6/12 R</u>, juris Rz. 17; BSG, Urt. v. 1.6.2006 â∏ <u>B 7a AL 76/05 R</u> $\hat{a} \sqcap \exists BSGE 96, 285 = SozR 4-4300 \hat{A} \$ 122 Nr. 4 Rz. 13).$

Zum Zeitpunkt des Erlasses des Rentenbescheides vom 27. April 2007 war dieser objektiv rechtm $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} \mathbb{D} ig, denn es stand noch nicht fest, ob die Kl $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} gerin $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} ber der Hinzuverdienstgrenze liegendes Einkommen aus ihrer selbst $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} ndigen T $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} tigkeit erzielen w $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} rde. Dass und in welcher H $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} \mathbb{A}

Nach <u>§ 34 Abs. 2</u> Sozialgesetzbuch Sechstes Buch and Gesetzliche Rentenversicherung and (SGB VI) besteht vor Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf eine Rente wegen Alters nur, wenn die Hinzuverdienstgrenze nicht <u>A¼</u>berschritten wird. Sie wird nicht <u>A¼</u>berschritten, wenn das Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen aus einer Beschämftigung oder selbstämndigen Tämtigkeit oder vergleichbares Einkommen im Monat die in Absatz 3 genannten Beträmge nicht <u>A¼</u>bersteigt, wobei ein zweimaliges <u>A</u>berschreiten um jeweils einen Betrag bis zur Hä¶he der Hinzuverdienstgrenze nach Absatz 3 im Lauf eines Kalenderjahres auÄ er Betracht bleibt. Gem. <u>A§ 15 Abs. 1 S. 1</u> Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) ist Arbeitseinkommen der nach den allgemeinen Gewinnermittlungsvorschriften des Einkommensteuerrechts ermittelte Gewinn aus einer selbstämndigen Tämtigkeit.

Einkommen ist als Arbeitseinkommen zu werten, wenn es als solches nach dem Einkommensteuerrecht zu bewerten ist (§ 15 Abs. 1 Satz 2 SGB IV). Die Vorschrift will den Gleichklang und die ParallelitĤt von Sozialversicherungs- und Steuerrecht sicherstellen, indem die Wertungen des Einkommensteuerrechts maÃ∏geblich sind. Fù⁄₄r die Begrù⁄₄ndung eines eigenen sozialversicherungsrechtlichen Begriffs des "Arbeitseinkommens aus selbstständiger Tätigkeit" neben dem steuerrechtlichen Begriff der Gewinneinkù⁄₄nfte aus selbstständiger Tätigkeit bleibt kein Raum. Ungeachtet dessen, dass das Einkommensteuerrecht den Begriff des Arbeitseinkommens nicht kennt, soll damit nach dem Wortlaut des Gesetzes und der Gesetzesbegrù⁄₄ndung fù⁄₄r die Frage, ob Einkommen aus selbstständiger Arbeit erzielt wird, das in der Terminologie des SGB als Arbeitseinkommen bezeichnet wird, allein das Steuerrecht maÃ∏gebend sein, um den Sozialleistungsträgern eine eigenständige und mitunter schwierige Prù⁄₄fung der Zuordnung und Ermittlung der Höhe von Arbeitseinkommen zu ersparen (vgl. LSG Baden-Wù⁄₄rttemberg, Urteil vom 23.3.2006 â∏∏ L 10 R 5066/02 m.w.N.).

GrundsÄxtzlich ist es Sache der Beklagten, aufgrund der ihr obliegenden Amtsermittlungspflicht (vgl. § 20 Abs. 1 SGB X) darzulegen, dass bei dem LeistungsempfĤnger ein die Rente minderndes eigenes Erwerbseinkommen in Form von Arbeitseinkommen vorliegt. Dieser Darlegungslast genügt sie dadurch, dass sie bei der Frage, ob bestimmte Einnahmen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder als solche aus Vermietung und Verpachtung anzusehen sind, auf die finanzamtlichen Feststellungen im Einkommensteuerbescheid zurückgreift. Dabei besteht allerdings mangels Vorliegens einer besonderen gesetzlichen Regelung keine strikte rechtliche Bindung an Entscheidungen der FinanzbehĶrden und der Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit im Sinne einer Feststellungswirkung (vgl. BSG, Urt. v. 15.12.1977, 11 RA 38/77, BSGE 45, 244 $(245) = \frac{\text{SozR } 2200 \text{ Å} \$ 1423 \text{ Nr. } 8}{\text{As } 1423 \text{ Nr. } 8}$, denn es kann nicht au $\tilde{A} \square$ er Acht bleiben, dass sich eine unrichtige steuerrechtliche Behandlung bestimmter Einnahmen für den Steuerpflichtigen steuerlich nicht unbedingt nachteilig auswirken muss, weil die Anwendung der einen oder der anderen Vorschrift an seiner Einkommensteuerpflicht nichts Äxndert und deshalb von der Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Steuerbescheid abgesehen wird. Hat der Steuerpflichtige/Versicherte den Einkommensteuerbescheid in einem solchen Fall (falsche Einordnung der Einkünfte) hingenommen, darf ihm das im Sozialversicherungsrecht nicht zwingend zum Nachteil gereichen (vgl. BSG, Urt. v. 22.4.1986, 12 RK 53/84 = SozR 2200 § 180 Nr. 30). Daraus folgt, dass im Verwaltungs- und Sozialgerichtsverfahren eine ̸bernahme der finanzamtlichen Feststellungen jedenfalls dann im Einzelnen zu prüfen ist, d.h. die SozialversicherungstrĤger und Sozialgerichte eine eigene Beurteilung der Einkünfte vorzunehmen haben, wenn der Versicherte/Steuerpflichtige gegen die Richtigkeit der tatsÄxchlichen Feststellungen oder die steuerrechtliche Bewertung des Finanzamtes schlA¼ssige und erhebliche Einwendungen erhebt (vgl. BSG Urt. v. 9.9.1993, 5 RI 60/92, BSGE 73, 77 = SozR 3-2200 § 1248 Nr. 9 m.w.N.). Die Berücksichtigung von Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit ist zudem mit verwaltungspraktischen Schwierigkeiten verbunden. Das einkommenssteuerrechtliche |ährlichkeitsprinzip (§Â§ 4 Abs. 1 S. 1, 36 Abs. 1 EStG) erlaubt nämlich eine Feststellung von Arbeitseinkommen nicht vor Ablauf

des Kalenderjahres, in dem die entsprechenden Einnahmen zuflieA⊓en und "fA¼r" das sozialrechtlich eine Berücksichtigung erfolgen soll. Da vor Ablauf des Kalenderjahres rechtlich nicht von einem "Einkommen" SelbstĤndiger gesprochen werden kann, ergibt sich â∏ soweit dem SozialleistungstrĤger der Bezug derartigen Einkommens bekannt ist â∏ sozialrechtlich notwendig eine zeitliche VerzĶgerung bei der endgļltigen Bemessung des Zahlbetrags der Sozialleistung. Vor Ablauf des Kalenderjahres ist im Sinne des Steuerrechts zu verstehendes Arbeitseinkommen daher auch im Kontext der Hinzuverdienstregelungen des SGB VI nicht (tatsÃxchlich) "erzielt" und damit sozialrechtlich berücksichtigungsfÃxhig. Der materiellrechtliche Tatbestand des <u>§ 34 Abs. 2 SGB VI</u> erfordert daher für die abschlie̸ende Feststellung des sich unter Berücksichtigung des Einkommens aus einer selbstĤndigen ErwerbstĤtigkeit ergebenden monatlichen Zahlbetrages stets die abschlieÄ

ende Feststellung des tatsÄ

chlich erzielten Arbeitseinkommens auf der Basis der umfassenden und vollstĤndigen Ermittlung und Feststellung aller steuerrechtlich relevanten UmstĤnde (vgl. ausfýhrlich im Kontext von § 96a SGB VI BSG, Urt. v. 9.10.2012, <u>B 5 R 8/12 R</u>, juris Rz. 23, 24).

Die maÄngeblichen Hinzuverdienstgrenzen nach <u>ŧ 34 Abs. 3 SGB VI</u> fļr die Jahre 2007 bis 2012 hat die Beklagte in der Anlage 19 des Rentenbescheides vom 29. Mai 2013 zutreffend dargestellt: Sie betrugen bei einer Rente wegen Alters als Vollrente für die Zeit ab dem 1. August 2007 350,00 EUR, bei einer Rente wegen Alters als Teilrente von zwei Dritteln der Vollrente 405,23 EUR, als Teilrente von der HÄxlfte der Vollrente 606,11 EUR sowie als Teilrente von einem Drittel der Vollrente 807,00 EUR. Mit einem Einkommen von monatlich 624,00 Euro (7.488 Euro lt. Einkommensteuerbescheid fÃ¹/₄r das Jahr 2007: 12) hat die Klägerin die Hinzuverdienstgrenzen bis auf die Hinzuverdienstgrenze für die Teilrente von einem Drittel der Vollrente A¼berschritten, so dass die Beklagte fA¼r das Jahr 2007 zu Recht die Rente als Teilrente in HA¶he eines Drittels der Vollrente bewilligt hat. Auch für die übrigen Jahre 2008 bis 2012 weisen die Berechnungen der Beklagten zur Ä\| berschreitung des jeweiligen Hinzuverdienstes keine Fehler auf. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweist die Kammer auf die Darstellung der Hinzuverdienstgrenzen in dem Bescheid vom 29. Mai 2013. Nach Auffassung der Kammer konnte die Beklagte unter Berücksichtigung der oben dargestellten verwaltungspraktischen Schwierigkeiten den jeweiligen, in den Einkommensteuerbescheiden ausgewiesenen Jahresverdienst der KlĤgerin aus Gewerbebetrieb zugrunde legen und diesen durch die Zahl der Monate teilen, in denen die selbstĤndige TĤtigkeit ausgeļbt worden ist. Eine davon abweichende, monatsweise Ermittlung des Hinzuverdienstes war nicht angezeigt und lÄxsst sich aufgrund etwaig bestehender steuerrechtlicher Besonderheiten nicht rechtfertigen. Derartige Besonderheiten konnten von der KlÄzgerin insbesondere im Klageverfahren nicht schlļssig dargelegt werden. Damit war auf die MĶglichkeit des zweimaligen Ä∏berschreitens der Hinzuverdienstgrenzen innerhalb eines Kalenderjahres nicht nĤher einzugehen. Der Hinzuverdienst bei selbstĤndiger TĤtigkeit stellt grundsĤtzlich den in dem Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Gewinn dar. Auch steuerliche Abgaben sind nicht gewinnmindernd zu berücksichtigen.

Mit der Erzielung der über den dargestellten Hinzuverdienstgrenzen liegenden

Einkommen haben sich die VerhÄxltnisse, die beim Erlass des Rentenbewilligungsbescheides vorgelegen haben, wesentlich i. S. d. <u>§ 48 Abs. 1 S.</u> 1 SGB X geändert. Zugleich hat die Klägerin nach Antragstellung oder Erlass des Verwaltungsaktes Einkommen erzielt, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs auf die volle Altersrente gefA¹/₄hrt hat. Ein evtl. Verschulden der Klägerin ist bei einer Aufhebung nach <u>§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB X</u> nicht zu berücksichtigen. Allerdings war eine Rückforderung überzahlter Rente für das Jahr 2012 nicht vorzunehmen. Denn nach dem im Klageverfahren vorgelegten Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2012 hat die KIägerin in 2012 nur noch ein monatliches Durchschnittseinkommen aus Gewerbebetrieb von 256,92 Euro (3.083 Euro: 12) erzielt, wodurch die Hinzuverdienstgrenzen nicht überschritten wurden. Eine Rückforderung überzahlter Rente scheidet jedoch auch für die Jahre 2007 und 2008 aus. Denn die Beklagte hat insoweit die Jahresfrist des § 48 Abs. 4 Satz 1 i.V.m. § 45 Abs. 4 S. 2 SGB X fþr eine Aufhebung des Rentenbescheides vom 27. April 2007 nicht eingehalten. Gem. <u>§ 48 Abs. 4 Satz 1</u> i.V.m. <u>§ 45 Abs. 4 S. 2 SGB X</u> muss die Aufhebung innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen erfolgen, welche die Rýcknahme des rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts für die Vergangenheit rechtfertigen. Eine Kenntnis der für die Aufhebung notwendigen Tatsachen war jedenfalls mit Vorlage der vollstĤndigen Einkommensteuerbescheide vorhanden. Die vollstĤndigen Einkommensteuerbescheide fýr die Veranlagungsjahre 2007 bis 2011 sind zwar aktenkundig am 11. Februar 2013 bei der Beklagten eingegangen. Allerdings hat die Beklagte auf Vorhalt der KlĤgerin eingerĤumt, dass sie die KlĤgerin bereits zeitnah zur Vorlage der Steuerbescheide 2007 und 2008 aufgefordert hat und die KIägerin dieser Aufforderung auch durch Einreichung der Steuerbescheide bei der Auskunfts- und Beratungsstelle in W. nachgekommen ist. Eine ErklĤrung, warum die Unterlagen nicht zu den Verwaltungsakten genommen worden sind, konnte die Beklagte nicht liefern. Im Zusammenhang mit den glaubhaften Darlegungen der KlĤgerin und den vorlegten BestĤtigungsschreiben der Mitarbeiterin der Beklagten Frau L. geht die Kammer daher davon aus, dass die Einkommensteuerbescheide für 2007 und 2008 tatsächlich in vollständiger Form bereits in den Jahren 2009 und 2010 in der Auskunfts- und Beratungsstelle vorgelegt worden sind. Die erst im Jahre 2013 erfolgte AnhA¶rung und Aufhebung erfolgte damit für die Steuerjahre 2007 und 2008 auÃ∏erhalb der Jahresfrist.

Insgesamt sind von der ursprå¼nglichen Rå¼ckforderungssumme von 12.496,43 Euro daher 1.823,32 Euro få¼r das Jahr 2012 abzuziehen (vgl. Rentenbescheid vom 1. Juni 2017) sowie weitere 1.844,71 Euro få¼r das Jahre 2007 und 3.884,52 Euro få¼r das Jahr 2008. Es verbleibt somit ein Rå¼ckforderungsbetrag von 4.943,88 Euro, der von der Klå¤gerin aufgrund der Å□berschreitung der Hinzuverdienstgrenzen zu erstatten ist. Die Klage war daher abzuweisen, soweit die Klå¤gerin sich auch gegen die Rå¼ckzahlung dieses Betrages wendet und zugleich die Auszahlung der Rente als Vollrente begehrt.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 02.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024